

Nachgefragt

Baurecht, Ökobilanzierung, Flächenfraß: Die „Bauwende“ im Bundestagswahlkampf 2021

Die klimapolitische Relevanz des Bausektors erfährt derzeit nicht durch Petitionen und Debatten im Bundestag, Gesetzesinitiativen der Bundesregierung und das „Neues Europäische Bauhaus“ der EU-Kommission eine wachsende Aufmerksamkeit. Dabei zeigen sich einmal mehr die komplexen Zusammenhänge der Klimawirksamkeit von Planen und Bauen. Es geht nicht nur um Bauschutt und Emissionen. Auch Flächenversiegelung und urbane Grünräume sind wichtige Handlungsfelder für die Erhaltung und Wiedergewinnung von Lebensqualität im Wohnumfeld. Und nicht zuletzt geht es um die sozialen Folgekosten der ökologischen Transformation: Wir haben die im Bundestag vertretenen Parteien nach ihren Wahlzielen für eine Bauwende gefragt. (red.)



Im grün-gelben Bereich: Das Reichstagsgebäude mit Kraft-Wärme-Kopplung, Photovoltaik und Wasserwärme-/Kältespeicher kommt auf einen [Primärenergiebedarf](#) von 204 kWh/(m²•a). Foto: © Gerd Warda

Die Beiträge der Befragten müssen nicht die Meinung von Herausgeber oder Redaktion widerspiegeln.

Kai Wegner, MdB, Sprecher für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen, CDU/CSU-Fraktion:

Mit welchen Reformen im Baurecht ließe sich das Bauen insgesamt klimagerechter machen?

Die Anforderungen an die energetische Qualität von Gebäuden sind im Gebäudeenergiegesetz (GEG) geregelt, das seit fast einem Jahr in Kraft ist. Das GEG enthält eine Klausel zur Überprüfung der energetischen Anforderungen an Neubau und Gebäudebestand im Jahr 2023. Im Zuge der Verschärfung unserer Klimaschutzziele wollen wir das GEG bereits im nächsten Jahr überprüfen und weiterentwickeln. Hierbei wollen wir auch eine Modernisierung der Anforderungssystematik des GEG und die Anhebung von Neubaustandards prüfen. Der Union ist wichtig, dass Wohnen bezahlbar bleibt. Deshalb haben Anreize durch steuerliche Vorteile oder staatliche Förderung für uns Vorrang vor bau- und ordnungsrechtlichen Vorgaben. Darüber hinaus ist uns wichtig, dass Eigentümer selbst darüber entscheiden können, wie sie ihr Gebäude möglichst klimaneutral bauen und betreiben. Staatliche Maßnahmen müssen daher technologieoffen ausgestaltet werden.

Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie zur Einführung einer verbindlichen Ökobilanzierung im Bausektor ergreifen?

Neben CO₂-Emissionen, die durch den Betrieb von Gebäuden verursacht werden, müssen wir zunehmend auch die bei Erstellung und Abriss anfallenden Emissionen in den Blick nehmen und zu einer Lebenszyklusbetrachtung hinsichtlich der Klima- bzw. Umweltwirkungen von Gebäuden kommen. Die Bundesregierung greift diesen Ansatz im Leitfaden Nachhaltiges Bauen auf und geht mit gutem Beispiel voran. Mit der Plattform ÖKOBAUDAT stellt sie zudem eine vereinheitlichte Datenbasis für die Ökobilanzierung von Bauwerken bereit. Die Online-Datenbank liefert Datensätze zu Baumaterialien, Bau-, Transport-, Energie- und Entsorgungsprozessen. Ergänzt wird das Angebot durch ein Ökobilanzierungstool eLCA, mit dessen Hilfe sich der gesamte Lebenszyklus eines Bauwerkes abbilden lässt. Wir wollen die Ökobilanzierung weiterentwickeln. Dabei setzen wir weiter auf Freiwilligkeit. Großes Potential sehen wir zudem in der fortschreitenden Dekarbonisierung der Industrie, zum Beispiel bei der Herstellung von Stahl und Zement.

Mit welchen Strategien wollen Sie Flächenverbrauch und klimaschädliche Flächenversiegelung wirksamer reduzieren?

Wir wollen den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2030 auf 30 Hektar pro Tag halbieren. Gleichzeitig brauchen wir dringend mehr neue Wohnungen, weil Deutschland allein in den letzten zehn Jahren um 1,4 Millionen Menschen gewachsen ist. Um beiden Zielen gerecht zu werden, setzen wir auf die Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung, Brachflächenrecycling und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung. Mit der Umnutzung und Aktivierung von Bestandsimmobilien, vor allem der Umwandlung von Nichtwohngebäuden in Wohngebäude, kann das Wohnungsangebot ohne zusätzlichen Flächenverbrauch erhöht werden. Darüber hinaus kann ein Abriss und damit die Emission von CO₂ beim Neubau vermieden werden. Planungsrechtliche Erleichterungen hierfür haben wir im Baulandmobilisierungsgesetz umgesetzt. Im Rahmen der Wohnraumoffensive haben wir z.B. die neu eingeführte Sonderabschreibung für den frei finanzierten Wohnungsbau auch für Umwandlungen geöffnet. Auch mit Hilfe der Städtebauförderung können entsprechende Entwicklungen unterstützt werden.

Bernhard Daldrup, MdB, baupolitischer Sprecher,
SPD-Fraktion:

Mit welchen Reformen im Baurecht ließe sich das Bauen insgesamt klimagerechter machen?

Der Klimawandel ist real. Die Koalition handelt mit dem Klimaschutzpaket und hat verbindliche Maßnahmen für den Klimaschutz geschaffen. Es verbindet ökologische mit sozialen und wirtschaftlichen Zielen. Wir haben zahlreiche Maßnahmen zur sektoralen Zielerreichung bis 2030 im Gebäudebereich beschlossen. Dazu gehören:

Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie zur Einführung einer verbindlichen Ökobilanzierung im Bausektor ergreifen?

- die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung für selbstnutzende Wohneigentümer mit bis zu 20 % der Investitionen in Höhe von bis zu 200.000 Euro pro Gebäude (progressionsunabhängig über 3 Jahre),
- die Einführung einer CO₂-Bepreisung für die Sektoren Wärme und Verkehr ab 2021
- die Stärkung der investiven Gebäudeförderprogramme und Einführung einer „Austauschprämie“ für Ölheizungen,
- die Weiterentwicklung der energetischen Stadtsanierung,
- eine verstärkte Energieberatung,
- die Zusammenführung von Energieeinsparungsgesetz, Energieeinsparverordnung und Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz in einem Gebäudeenergiegesetz (GEG).

Mit welchen Strategien wollen Sie Flächenverbrauch und klimaschädliche Flächenversiegelung wirksamer reduzieren?

Wir müssen rücksichtsvoll mit Flächen und Rohstoffen umgehen. Nicht nur, weil sie die Basis der Bauindustrie sind, sondern unsere Lebensgrundlagen darstellen. Das 30-ha-Ziel der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie muss eine verbindliche Zielgröße sein. Die Zukunft des Bauens muss energetische Bauweisen und Bauformen mit positiver Energiebilanz entwickeln und zur Geltung bringen. Das moderne Bauen muss gleichermaßen energetisch positiv wie auch sozial und ökologisch sein. Daran wollen wir gemeinsam mit der Bauindustrie und dem Baugewerbe arbeiten. Die Koalitionsfraktionen haben in ihrem Antrag „Innovativ, zukunftssicher und nachhaltig – Vorbild Bund – Das Bauen von Morgen heute fördern“ konkrete Maßnahmen für eine nachhaltige Baustrategie aufgezeigt. Wir haben mehr ein umsetzungs- als ein Erkenntnisproblem. Im Baugesetzbuch haben wir mit Instrumenten wie Baugeboten, Vorkaufsrechte und Befreiungen die Entwicklung der Innenstädte gestärkt, die auch den Flächenverbrauch schonen und jetzt angewandt werden müssen. Im Steuerrecht gilt das auch für die Einführung der Grundsteuer C auf unbebaute Flächen. Wir sehen eine Verlängerung des § 13b BauGB zur Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte B-Planverfahren kritisch. Weil der Vorrang der Innen- vor der Außenentwicklung gelten muss. Nach Auffassung der SPD muss die Regelung letztmalig bis 2022 begrenzt sein. Klimapolitik ist immer konkret. Wir haben die Möglichkeiten zur Nutzung des Mieterstroms verbessert und die finanzielle Beteiligung der Kommunen bei der Nutzung der Windenergie erhöht. Die Klimawende muss „von unten“ unterstützt und sozial flankiert ein Mitmach-Projekt sein. Für eine sozial gerechte Umsetzung der Klimaziele in Europa sind weitere EU-weite Vereinfachungen für die dezentrale Stromerzeugung und bis zur Gleichbehandlung von Strom und Wärme im Quartier erforderlich. Der CO₂-Preis darf nicht einseitig auf dem Rücken von Mieterinnen und Mietern abgewälzt werden wie dies die Union durchgesetzt hat. Nicht nur bei Investitionen in zentrale Zukunftsfelder steht die SPD an der Seite der Städte und Gemeinden. Auch eine soziale Klimapolitik muss vor Ort gestaltet werden – und die Unterstützung des Bundes ist für uns unverzichtbar. Dazu ist die SPD bereit.

Udo Hemmelgarn, MdB, Sprecher des Arbeitskreises Bau, Wohnen Stadtentwicklung und Kommunen, AfD-Fraktion:*

Mit welchen Reformen im Baurecht ließe sich das Bauen insgesamt klimagerechter machen?

Im Zuge der sogenannten Klimaschutzpolitik der Bundesregierung wird das Baurecht zunehmend verändert. Die Zahl staatlicher Auflagen für das Bauen und Wohnen steigt beträchtlich. Dadurch werden Bauen und Wohnen verteuert. Als Beispiele seien hier die CO₂-Abgabe, Eingriffe in das Wohneigentumsrecht und die verpflichtende Errichtung von Ladesäulen genannt. Wer die gegenwärtigen Probleme im Bau- und Gebäudesektor lösen will, muss die entsprechenden Gesetze und „Klimaauflagen“ rückgängig machen.

Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie zur Einführung einer verbindlichen Ökobilanzierung im Bausektor ergreifen?

Keine. Die „Ökobilanzierung“ ist Gift für den Bausektor. Sie wird mit Sicherheit ein bürokratisches Monster, das Großunternehmen bevorzugt und den Mittelstand benachteiligt. Letztlich wird der Lebenszyklus eines Gebäudes unter fadenscheinigem Vorwand eingeführt, um den Energie- und Baustoffaufwand bei Planung, Errichtung, Unterhaltung und Abriss von Gebäuden zu ermitteln (graue Energie). Am Ende wird die bisherige Tradition einem imaginären Klimaziel geopfert. Das Gebot der Stunde ist, freies Unternehmertum zu fördern, statt staatlich verordnete Ökoluftschlösser zu bauen.

Mit welchen Strategien wollen Sie Flächenverbrauch und klimaschädliche Flächenversiegelung wirksamer reduzieren?

Deutschland will bis zum Jahr 2030 einen täglichen Flächenverbrauch von unter 30 Hektar erreichen. Das ist auf verschiedenen Wegen möglich. Für geeignet halten wir dabei die Innenstadtverdichtung, die Belebung von Stadt- und Ortsteilzentren, aber auch die gezielte Nutzung und Umnutzung des Bestandes. Die Flächenversiegelung ist in der gesamten Baubranche als Problem erkannt worden. Seit Jahren wird hier gegengesteuert. Sie darf aber nicht dazu führen, dass notwendige Baumaßnahmen verhindert werden. Wir sehen es als Aufgabe der Länder und Kommunen an, hier entsprechende Regeln zu schaffen. Die AfD lehnt Projekte der Grünen, den Eigenheimbau zu verbieten, ab und unterstützt den Wohneigentumserwerb. Wir übersehen auch nicht, dass die Flächeninanspruchnahme durch die Errichtung von Windkraftanlagen ständig zunimmt. Dadurch wird das Problem noch verschärft. Schließlich wächst der Bedarf an Wohnraum wegen des rechtswidrigen und unregelmäßigen massenhaften Zuzugs nach Deutschland stetig. Dies hat gravierende Auswirkungen auf den Bedarf an Wohnraum und natürlich auch auf den Flächenverbrauch. Dieses Problem nimmt an Schärfe zu, solange die deutschen Grenzen von der Bundesregierung für jedermann offengehalten werden.

* Da sich Ihre Fragen auf die sogenannte „Bauwende“ aus klimapolitischen Gründen beziehen, erlaube ich mir ein paar grundsätzliche Vorbemerkungen.

Die von Ihnen angesprochene „Bauwende“ gehört nicht zu den politischen Zielen der AfD. Der Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen des Deutschen Bundestags hat zu diesem Thema eine öffentliche Anhörung durchgeführt, in deren Verlauf von Seiten der Sachverständigen sehr deutlich dargelegt wurde, dass derzeit keine wirklichen Alternativen zu den herkömmlichen Bauweisen bestehen. Insbesondere sind alternative Rohstoffe nicht in den Mengen verfügbar, die für preiswertes Bauen erforderlich sind. Unabhängig davon, dass die Schonung natürlicher Ressourcen ein wichtiges politisches Ziel unserer Partei darstellt, stehen wir der politischen Zielvorgabe des „Klimaschutzes“ insgesamt ablehnend gegenüber. Das Klima kann man nicht schützen. Es ergibt sich aus der Analyse des Wetters in Zeiträumen von 30 Jahren und folgt eigenen Gesetzen. Dass nun ausgerechnet der anthropogene CO₂-Ausstoß die Hauptursache für eine globale Erwärmung sein soll, ist zudem strittig. Der Anteil des CO₂ in der Luft beträgt gerade einmal 0,038 Prozent, wovon 96 Prozent natürlichen und lediglich 4 Prozent menschlichen Ursprungs sind. Der Anteil Deutschlands an den weltweiten Emissionen von CO₂ und dessen Äquivalenten beträgt knapp zwei Prozent. In der Gesamtschau ergibt sich demnach ein Anteil Deutschlands am CO₂ in der Atmosphäre von nur 0,000029 Prozent. Allein insofern stellt sich die Frage, ob die in die Billionen Euro gehenden „Klimaschutzmaßnahmen“ der Bundesregierung gerechtfertigt sind. Diese Maßnahmen ruinieren letztlich nicht nur die deutsche Wirtschaft sondern sie stellen auch unsere Art zu leben in Frage. Aus den vorgenannten Gründen lehnen wir daher die von der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem sogenannten Klimawandel eingeleiteten Maßnahmen ab. Unsere baupolitischen Vorstellungen sind eher darauf ausgerichtet, die grundlegenden Fragen in den Blick zu nehmen: ausreichend Wohnraum, weniger Bürokratie, stabile Baustoffversorgung.

Daniel Föst, MdB, Bau- und wohnungspolitischer Sprecher,
FDP-Fraktion:

Mit welchen Reformen im Baurecht ließe sich das Bauen insgesamt klimagerechter machen?

Ein Drittel der CO₂-Emissionen in Deutschland stammt aus dem Gebäudebetrieb und dem Gebäudebau. Um das Bauen in Zukunft klimagerechter zu gestalten, müssen wir vor allem Technologieoffenheit und Innovation zulassen. Ineffektive, staatliche Planungsversuche beschränken die Akteure in dem Ziel, klimafreundlicher zu werden. So verteuerte etwa die Verschärfung der Energieeinsparverordnung 2016 die Baukosten um acht Prozent, spart aber gleichzeitig nur 0,02 Prozent Emissionen ein. Das ist ineffektiv. Auch werden neue Baustoffe und Bauweisen zu oft durch unflexible Bauvorschriften oder einseitige Förderung bereits im Keim erstickt. Die Politik sollte sich daher auf Zielvorgaben statt Maßnahmen konzentrieren und den Emissionshandel auf den Gebäudesektor zusammen mit einem echten CO₂-Limit ausweiten. Die Fachleute im Baugewerbe können diese Ziele mit Unterstützung, Kreislaufwirtschaftsformen und neuen Technologien erreichen.

Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie zur Einführung einer verbindlichen Ökobilanzierung im Bausektor ergreifen?

Wir Freie Demokraten wollen den EU-weiten CO₂-Emissionshandel auch auf den Bausektor ausweiten. Der Emissionshandel könnte einen Wettbewerb um die besten Technologien entfesseln und würde Investitionen im Gegensatz zu einseitigen Förderprogrammen dorthin lenken, wo sie am meisten CO₂ einsparen. Im Gegensatz zu der aktuell angewandten CO₂-Steuer könnte mit dem Emissionshandel und einem festen CO₂-Limit der Emissionsausstoß tatsächlich kontrolliert und reduziert werden. Wichtig ist, dass wir im Gebäudesektor zu einer Lebenszyklusbetrachtung der Gebäude kommen. Neben der CO₂-Reduzierung muss in dieser Betrachtung auch ein ressourcenschonender Umgang mit unserer Umwelt einberechnet werden. Wir brauchen eine hochwertige Kreislaufwirtschaft im Bau, die alle Bereiche gleichermaßen erfasst. Es muss möglich sein, einen hohen Standard für den Boden- und Grundwasserschutz zu garantieren, gleichzeitig den Umgang mit mineralischen Abfall zu regeln und die Schonung von Ressourcen voranzutreiben.

Mit welchen Strategien wollen Sie Flächenverbrauch und klimaschädliche Flächenversiegelung wirksamer reduzieren?

Derzeit sind in Deutschland ca. neun Prozent der Flächen versiegelt. Wer Flächenversiegelung wirksam reduzieren und trotzdem bezahlbaren Wohnraum schaffen will, muss weiter nach oben bauen. Gerade in den Metropolregionen kann durch die Aufstockung und den Ausbau von Dachgeschossen günstig ohne zusätzlichen Flächenverbrauch neuer Wohnraum entstehen. Es muss verstärkt auf Um- und Ausbau bestehender Gebäude gesetzt werden. Die Innenentwicklung sollte grundsätzlich Vorrang vor der Außenentwicklung haben. Dafür müssen bürokratische Hürden im Bau- und Bauordnungsrecht abgebaut und über eine Umbauordnung nachgedacht werden. Um städtebauliche Ziele zu erreichen, können Potentialflächenkataster den Kommunen die noch vorhandenen Möglichkeiten der Nachverdichtung, der Umwidmung und der Brachflächen aufzeigen und die tatsächliche Notwendigkeit von neuen Bauflächen besser abbilden. Bei der Erstellung von Potentialflächenkatastern, der Wohnraumbedarfsanalyse sowie beim Flächenrecycling soll der Bund die Kommunen mit einem Planungsfonds unterstützen.

Chris Kühn, MdB, Sprecher für Bau- und Wohnungspolitik,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Mit welchen Reformen im Baurecht ließe sich das Bauen insgesamt klimagerechter machen?

Der Bausektor ist der schlafende Riese beim Klimaschutz. Inklusive indirekter und grauer Emissionen ist er in Deutschland für mehr als ein Viertel des Gesamt-CO₂-Ausstoßes verantwortlich. Das bedingt zielgerichtete gesetzgeberische Maßnahmen im Baurecht. Wir Grüne wollen das Gebäudeenergiegesetz (GEG) zu einem Gebäuderessourcengesetz weiterentwickeln, welches einen Ressourcenausweis für Gebäude implementiert und Standards für den maximal möglichen Einsatz an Grauer Energie setzt. Wir fordern eine Novellierung der Musterbauordnung (MBO), mit dem Ziel dort Anforderungen an Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung zu verankern. Außerdem müssen Kosten, Energie- und Ressourcenaufwand für den Rückbau von Gebäuden in der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) verbindlich verankert, und so eine transparente Entscheidungsgrundlage mit Blick auf die eingesetzten und rückzubauenden Ressourcen für Bauherren geschaffen werden. Das Baugesetzbuch muss neben dem insgesamt stärker an der Leipzig-Charta 2.0 ausgerichtet werden.

Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie zur Einführung einer verbindlichen Ökobilanzierung im Bausektor ergreifen?

In einem Gebäuderessourcengesetz wollen wir auch die Lebenszyklusbetrachtung verpflichtend machen, um nicht mehr nur isoliert die Nutzungsphase von Gebäuden zu beleuchten. Im Rahmen der umfassenden Digitalisierung des Bausektors soll ein digitales Urban-Mining-Kataster eingeführt werden, um möglichst früh künftige Stoffströme prognostizieren zu können und bestmögliche Verwertungswege daraus abzuleiten. Die Entwicklung einer einheitlichen internationalen Zertifizierung von nachwachsenden Baustoffen und Gebäuden unterstützen wir.

Mit welchen Strategien wollen Sie Flächenverbrauch und klimaschädliche Flächenversiegelung wirksamer reduzieren?

Wir müssen den Flächenverbrauch massiv reduzieren, wenn wir die nationale Nachhaltigkeitsstrategie ernst nehmen wollen. Bei der Entwicklung unserer Städte und Dörfer muss das Prinzip „Innen- vor Außenentwicklung“ gelten und im Baugesetzbuch gestärkt werden. Wir wollen lebendige Stadtzentren und Ortskerne schaffen, junge Familien beim Erwerb und der Sanierung von Bestandsimmobilien unterstützen und Kommunen den gemeinwohlorientierten Zugriff auf spekulativen Leerstand und brachliegende Flächen erleichtern. Im Baugesetzbuch kämpfen wir weiter für eine Streichung des unökologischen und europarechtswidrigen Flächenfraß-Paragraphen 13 b BauGB. Die anstehende Überprüfung des aktuellen Bundesverkehrswegeplans werden wir nutzen, um nicht planfestgestellte Straßenneubauprojekte, insbesondere Autobahnabschnitte, noch einmal auf den Prüfstand zu stellen und mit einem Klima- und Umweltcheck neu zu bewerten

Caren Lay, MdB, Sprecherin für Mieten-, Bau- und Wohnungspolitik,
Fraktion Die Linke:

Mit welchen Reformen im Baurecht ließe sich das Bauen insgesamt klimagerechter machen?

Der Bausektor hat nicht nur einen erheblichen Anteil an den Treibhausgasemissionen. Er ist auch für fast 60 Prozent des Abfallaufkommens und für 90 Prozent des inländischen Rohstoffabbaus verantwortlich. Eine sozial-ökologische Bauwende ist daher unverzichtbar, sowohl für Umweltschutz und Klimagerechtigkeit, als auch für die Rohstoffsicherheit. Wir wollen Subventionen für umweltschädliche Baustoffe streichen und die Energiebilanz über die gesamte Lebenszeitbetrachtung einführen und so die Benachteiligung recycelter und nachwachsender Rohstoffe beenden. Wir brauchen Paris-konforme Neubau- und Energiestandards, eine klare Herstellerverantwortung und Rücknahmepflichten für Baustoffe sowie Transparenzpflichten beim Ressourceneinsatz. Bei der Förderpolitik brauchen wir ein Umdenken: Weg von High-Tech-Lösungen für den Passivhausstandard und hin zur Förderung von nachhaltiger Niedrigtechnologie beim Bauen, von intelligenten Grundrissen und traditionellen Bauweisen mit Holz, Lehm oder Stroh.

Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie zur Einführung einer verbindlichen Ökobilanzierung im Bausektor ergreifen?

Klimaneutralität ist nur dann zu verwirklichen, wenn der ökologische Fußabdruck von Bauwerken über den gesamten Zeitraum von der Rohstoffgewinnung bis hin zur Wiederverwendung und Wiederverwertung betrachtet wird. Ein unabhängiges Zertifizierungssystem für Baustoffe, das den gesamten Lebenszyklus berücksichtigt, ist längst überfällig. Wir wollen darüber hinaus klare gesetzliche Regelungen für die Berücksichtigung und für eine Obergrenze des Verbrauchs an grauen Energien. Die Neubau- und Energiestandards müssen Paris-konform ausgestaltet und durch einen Mix aus Förderung und Ordnungspolitik umgesetzt werden. Wir setzen uns für klare Herstellerverantwortung und Rücknahmepflichten für Baustoffe sowie für Transparenzpflichten beim Ressourceneinsatz ein. Auf nicht-erneuerbare Primärrohstoffe wollen eine Ressourcenverbrauchsabgabe erheben, um die natürlichen Ressourcen zu schützen und regionale Wirtschaftskreisläufe zu fördern.

Mit welchen Strategien wollen Sie Flächenverbrauch und klimaschädliche Flächenversiegelung wirksamer reduzieren?

DIE LINKE setzt sich seit Jahren für eine flächensparende Stadtentwicklung ein, die konsequent auf Innenentwicklung sowie auf Bestandsentwicklung vor Neubau setzt. Bezahlbaren Wohnraum wollen wir erhalten und bei Nachverdichtung das Prinzip der doppelten Innenentwicklung, also der gleichzeitigen Ausweitung und Aufwertung von urbanem Grün, gesetzlich verankern. Außerdem fordern wir, die Flächenversiegelung mindestens auf 30 h pro Tag zu halbieren. Dafür wollen wir die Ausweisung neuer Baugebiete im Außenbereich stark begrenzen und den § 13 b BauGB abschaffen. Denn diese Regelung untergräbt alle diese Ziele, da er – üblicherweise für den Bau von Einfamilienhaussiedlungen am Rande kleinerer Ortschaften und Städte – die Umwelt- und Beteiligungsstandards herabsetzt, die Zersiedelung fördert, mit den Folgeproblemen von erhöhtem Verkehrsaufkommen und Infrastrukturkosten. Die Innenentwicklung und Nachverdichtung in den Ortskernen als Voraussetzung für lebendige Ortschaften wird so untergraben.